Morgen-Ausgabe

„Berliner Tageblatt" u. „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags, Festtags u. Montags einmal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: Jeden Sonntag „Der Weltspiegel", jeden Mittwoch „Technische Rundschau", 14tägig Donnerstags „Haus Hof Garten" jeden Freitag Mitbilatt „ULK". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterreichs, des tschecho-slowak. Staates, Ungarns, der Schweiz, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens u. Bulgariens; für alle übrig. Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Exped. d. Blatt. möglich. Bezugspreis: Durch die Post monatl. 14.— M. ausschl. Zustellungsgebühr, Ausland ausschl. Postaufschlag; für Berlin u. Vororte monatlich 15.— M. bei tägl. zweimaliger Zustellung durch Botenfrauen ins Haus. Unter Kreuzband monatlich für das Inland 25.— M. u. Ausland 40.— M. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. In Berlin u. Vororten abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46—49 (Fernsprecher Amt Zentrum Nr. 10181—10144, für den Fernverkehr Nr. 14207—14209), und den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Zeile M. 5.— u. 70 % Zuschlag. Stellen-Gesuche u. Familien-Anzeigen M. 4.— die Zeile. Nachrufe u. übl. Tarif. Ausl.-Inf. 100 % Zuschl. Inser.- u. Abonn.-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexp. SW. 19, Verkehrsstr. 46/49. Filialen: Leipz. Str. 136; Potsd. Str. 33; Zimmerstr. 95; Königgrätzer Straße 66/67; Rosenth. Str. 43; Schönh. Allee 144; Moritzplatz; Köpen. Str. 67/68; Nathen. Str. 3; Lützowstraße 61; Schiffbauerd. 4; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 280; Frankf. Allee 346; Hüttenstr. 69; Wiener Str. 1/6; Greifsw. Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Charlottenb.: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 84; Scharrenstr. 89; Rüdn. Str. 25/26; Kaiserd. 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Hohenzollernstr. 69; Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Karlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 90/94; Kais.-Friedrich-Str. 247/48; Pankow: Vordholm. Str. 1; Schmargendorf: Preiss. Str. 8; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 150; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Riesa: Schauwalde: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 370 • Ausgabe A Nr. 196
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 370

Sonntag, 8. August 1920
49. Jahrgang

Vor der Zusammenkunft in Hythe.

„Eine gewisse Entspannung der Lage."

Warschau der Prüfstein. — Die Besprechung mit den Sowjetvertretern.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rotterdam, 7. August.

Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" erfährt aus London: Der kritische Zustand ist noch nicht, was Rußland betrifft, überwunden, aber wohl ist **eine gewisse Entspannung eingetreten, die in der Erwartung des Zusammentreffens Lloyd Georges mit Millerand in Hythe zu suchen ist.** Die russischen Delegierten stehen unter dem Eindruck der Entschlossenheit der englischen Regierung, keine vagen Gelöbnisse entgegenzunehmen, sondern sich nur an feste Zusagen zu halten. Daraus erklärt sich auch die verhältnismäßig versöhnliche Haltung der russischen Delegierten, die sie in ihrer gestrigen Aussprache mit der Regierung gezeigt haben. Aber alles dreht sich um die eine Frage, wann und ob die bolschewistischen Heere ihren Vormarsch einstellen. Die Warschauer Frage bleibt der Prüfstein für die Bolschewisten. „Daily Chronicle" erklärt den Zustand für gebessert. „Daily News" meinen, daß die Bolschewisten vielleicht die Garantie der Alliierten entgegennehmen dafür, daß die Polen nicht militärischen Nutzen aus dem Waffenstillstand ziehen werden. „Daily Expreß" sagt ebenfalls, daß die Spannung vermindert sei, und führt aus: „Die Regierung ist mit der Antwort von Moskau nicht befriedigt, aber manches spricht dafür, daß Kamenews Vorschläge in der Hauptsache angenommen werden. Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, daß England mit der größten Geduld versucht, den seit Krassins Besuch in London angesponnenen Faden nicht zerreißen zu lassen. Es ist schrittweise von seinen Forderungen zurückgegangen. Am Sonntag wird Lloyd George Millerand von der Richtigkeit dieser Politik überzeugen." Wir haben Grund zu der Annahme, daß **der englischer Seite bisher kein Versuch gemacht worden ist, nach der Erklärung Dr. Simons auf die neutrale Haltung Deutschlands irgendwie einzuwirken.** Da in England die größte Skepsis gegenüber der Möglichkeit besteht, militärisch gegen Sowjetrußland etwas zu erreichen, so ist auch das Interesse an der Neutralität oder Nichtneutralität Deutschlands nicht allerersten Ranges.

„Daily Telegraph" erklärt, Bonar Law werde Lloyd George nach Hythe begleiten. Es bleibe eine schwache Hoffnung, daß Moskau den Standpunkt, den es in der letzten Note eingenommen habe, ändern werde. Die entgegenkommende Haltung der Sowjetdelegierten bei der gestrigen Unterredung lasse vermuten, daß es nicht unmöglich sei, die äußersten Maßnahmen zu vermeiden, aber die amtlichen Kreise verhehlten nicht, daß die Aussichten sehr düster seien. Werde die bolschewistische Armee ihren Vormarsch einstellen? Das sei die Hauptfrage.

Amsterdam, 7. August. (W. T. B.)

Dem Reuterschen Bureau zufolge wurde endgültig beschlossen, daß die morgige Konferenz zwischen Lloyd George und Millerand in Hythe stattfinden soll. Lord Curzon und die Marschälle Foch und Wilson werden ebenfalls zugegen sein. **Lloyd George wird rechtzeitig nach London zurückkehren, um am Montag im Unterhause seine Erklärung abzugeben.** Die Blätter sind der Ansicht, daß die Lage zwar noch immer ernst ist, daß sich aber die Aussichten für eine friedliche Lösung gebessert haben. Die russische Note wird zwar nicht für völlig befriedigend angesehen, doch hat die mehr als **fünfstündige Besprechung mit den Sowjetvertretern viele Schwierigkeiten beseitigt.** Die „Times" schlagen einen pessimistischen Ton an und warnen die Regierung vor Kamenews Spitzfindigkeiten. „Daily Mail" zufolge wurde bei den Beratungen, denen auch zeitweise Feldmarschall Wilson und der aus Warschau zurückgekehrte Sir Maurice Handley beiwohnten, ausschließlich die Frage der Einstellung der Feindseligkeiten besprochen. Die Auffassung der Sowjetvertreter war, daß die Fortsetzung des Vormarsches bis zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes eine Selbstverständlichkeit sei. Lloyd George betonte demgegenüber: Die Alliierten könnten, da Rußland bereits große Gebietsteile von Polen überrannt habe, einer Fortsetzung des Vormarsches nicht länger unschlüssig gegenüberstehen. Darauf wandte sich die Besprechung der Frage zu, welche Garantien dafür gegeben werden könnten, daß Polen im Falle der Einstellung des russischen Vormarsches die Ruhezeit nicht für Vorbereitungen neuer Kriegsoperationen benutzen wird.

Paris, 7. August. (W. T. B.)

Der Londoner Vertreter des „Matin" hält die Lage seit gestern für gebessert, besonders bemerkenswert sei, daß Kamenew und Krassin sich in der Unterredung mit Lloyd George bereit gefunden hätten, noch am Abend Lenin das Ergebnis ihrer Verhandlungen zu telegraphieren, das den Entwurf eines Abkommens mit der englischen Regierung enthalte. Die Sowjetvertreter hofften, Sonntag vormittag zu der Zusammenkunft Millerands mit Lloyd George die Antwort von Moskau geben zu können.

In Warschau.

Abreise Lord d'Abernons und Jusserands nach Paris.

Amsterdam, 7. August. (W. T. B.)

Der „Times"-Korrespondent in Warschau telegraphiert unter anderem: Lord d'Abernon und Jusserand sind gestern abend von Warschau nach Paris abgereist. Ein Teil der englischen Besatzung begibt sich heute nach Posen. In Warschau ist man allgemein enttäuscht, daß die englische Regierung fortfährt, Noten nach Moskau zu senden.

Berlin, 7. August. (W. T. B.)

Aus **Warschau** wird gemeldet, daß ein **großer Teil der deutschen Kolonie die Stadt verlassen** hat. Der deutsche Gesandte Graf Oberndorff ist auf seinem Posten verblieben.

Der Vormarsch der Bolschewisten gegen die polnische Nordfront.

An der ostpreußischen Grenze.

(Telegramm unseres Sonderberichterstatters.)

F. Königsberg, 7. August.

Die roten Truppen rücken immer näher an die nördliche Verteidigungsstellung der Polen heran. Der Vormarsch wird weniger durch Widerstand als durch Geländeschwierigkeiten verlangsamt. Die Lage der polnischen Nordfront ist nach Ansicht aller Sachverständigen fast hoffnungslos. Die bolschewistischen Truppenführer sorgen für strengste Befolgung ihrer Befehle, daß die Grenze respektiert werde. Diese Frage wird aber brennend, sobald der Soldauer Kreis erreicht ist. Es ist noch unbekannt, ob die Bolschewisten die alte Grenze von 1914 anerkennen oder die Linie nach der Abtretung laut Friedensvertrag als Richtlinie betrachten werden. Ihr Verhalten dürfte davon abhängen, ob die Polen auch in diesem Gebiet Widerstand leisten oder durch Aufgeben des Kreises ihre Front zu verkürzen suchen. Ostpreußen ist nicht mehr durch Einfälle regulärer Truppen bedroht; aber wegen des Bandenwesens ist eine Verstärkung des Grenzschutzes dringend erforderlich.

Kopenhagen, 7. August. (W. T. B.)

Wie „Berlingske Tidende" aus Kowno meldet, wurde heute der Friedensvertrag mit Rußland von der litauischen konstituierenden Versammlung ratifiziert. Die Russen haben die Räumung der von ihnen besetzten Teile Litauens und der Stadt Wilna begonnen.

Deutschland und die Erfolge der Russen.

Die internationale diplomatische Lage.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

J. Bern, 7. August.

Die „Baseler Nachrichten" beschäftigen sich in einem Leitartikel mit der durch die kriegerischen Erfolge Sowjetrußlands geschaffenen internationalen Lage und kommen dabei zu folgendem Schluß: „Deutschlands diplomatische Stellung in einem Moment, in dem beide Kriegsparteien seine feindliche Stellungnahme fürchten müssen und jede ein dringendes Interesse an seiner Schonung hat, ist eigentlich ausgezeichnet, solange wenigstens, als es sich von Politik und nicht von Leidenschaft leiten läßt. Es kommt ihm, entgegen den Absichten seiner Feinde, jetzt auch sehr zugute, daß es vom Völkerbunde ausgeschlossen ist und auch durch eine etwaige Fristerung des antirussischen Krieges als einer Völkerbundaktion nicht zur Teilnahme gezwungen werden könnte. Bei vorsichtigem Verhalten wird es, ohne einen Quadratmeter seines Bodens als Kriegsgebiet hergeben und einen einzigen Mann opfern zu müssen, sehr wichtige Korrekturen des Versailler Vertrages erreichen können, allermindestens im Osten. Es wäre denn, England käme durch ein rasches Arrangement mit Rußland allen Weiterungen zuvor. Es kann als Beherrscherin der Meeresstraßen des Welthandels der Sowjetregierung immer noch beträchtlich mehr bieten als Deutschland, so erheblich dessen wirtschaftlich-technische Hilfsmöglichkeiten für Rußland auch wären. Es hat anderseits ein sehr viel dringenderes Interesse an einer sofortigen Verständigung mit Rußland als Frankreich, das durch die asiatische Branche des Bolschewismus ungleich weniger bedroht ist. Frankreich sperrt sich immer gegen einen Ausgleich mit Rußland, so lange dieses die Schuldverpflichtungen der früheren Regierungen nicht anerkenne. Umgekehrt England. Es könnte auf Kosten Frankreichs, Polens und Deutschlands sofort einen sehr vorteilhaften Frieden mit Sowjetrußland schließen, aber freilich mit der „Entente Cordiale" wäre es dann aus, ob Frankreich nun beiseite bliebe oder sich polens polens anschlösse. Aus ein solches Ende der Entente böte natürlich große Zukunftsmöglichkeiten für Deutschland."

(Siehe auch Seite 3.)

Die Sorge Frankreichs.

Von [Nachdruck verboten.]

Walther Schücking,
Mitglied des Reichstags.

Es sind in diesen Tagen sechs Jahre her, als Wilhelm II. vor seiner Abreise zur Armee im Schlosse des Freiherrn vom Stein in Nassau Abschied nahm von seiner Familie. Offenbar war dieser Ort gewählt wegen der Traditionen, die sich mit dem Namen jenes großen Napoleonhassers verbanden, der nach Jahren der Verbannung in Rußland die preußische Armee den Rhein überschreiten und siegreich in Frankreich vordringen sah. In solchen Regiekünsten war das Personal Wilhelms II. geschickter als in den Angelegenheiten der Politik. Schon gelegentlich der Jahrhundertfeier der Freiheitskriege hatte man ja planmäßig das Volk unter Hinweis auf die isolierte und gefährdete Stellung des Deutschen Reiches nach außen mit dem Gedanken vertraut gemacht, daß es demnächst abermals für seine Freiheit zu fechten haben werde, statt daß man in Erkenntnis einer auf die Dauer unhaltbaren Situation die Kraft gefunden hätte, den Karren der auswärtigen Politik grundsätzlich auf ein anderes Geleise zu bringen. Spätere Geschlechter werden über die Ideenlosigkeit der Staatsmänner von damals, die heute noch den Weltkrieg sozusagen als ein „zwangsläufiges" Ereignis ansehen, die Hände über dem Kopf zusammenschlagen. Je bedrohlicher Deutschlands Lage im Herzen eines von Waffen starrenden Europas geworden war, um so näher hätte es gerade für uns gelegen, für ein neues System unter den Staaten einzutreten. Hätte Herr v. Bethmann Hollweg im Frühjahr 1913, statt die Heeresvorlage des Milliardenopfers einzubringen, zu einer internationalen Abrüstungskonferenz nach Berlin eingeladen, vielleicht hätte die Weltgeschichte einen ganz anderen Verlauf genommen, zum mindesten wäre auch bei einem völligen Scheitern solcher Projekte die Atmosphäre für uns eine ganz andere geworden. Unsere sogenannten Realpolitiker glauben heute noch, über das Völkerbundsprojekt lächeln zu können, mit dem wir 1919 nach Versailles gereist sind, als ob der Plan nicht an sich gut gewesen wäre und als ob uns nicht Millionen von Herzen in allen Erdteilen zugeflogen wären, wenn wir solch einen Plan zu einem ehrlichen Völkerfrieden der Welt 1913 vorgelegt hätten. Auch noch während des Krieges, als wir auf der Höhe unserer militärischen Erfolge waren, wäre es von unabsehbarer Tragweite gewesen, wenn wir der Welt immer wieder statt des Verlangens nach „realen Garantien" unsern Willen zum Rechts- und Dauerfrieden versichert hätten. Statt dessen kam die Begeisterung für das Recht im kaiserlichen Deutschland erst dann, als die Macht gebrochen war.

Trotzdem wäre es für unsere Gegner ein Gebot der Moral und der Klugheit gewesen, in Versailles einen Rechtsfrieden mit uns abzuschließen. Ein Gebot der Moral, weil sie, besser eingestellt auf das Denken der Neutralen, namentlich Amerikas, immer wieder der Welt aufrichtigen Pazifismus als Kampfesziel versprochen und uns schließlich in dem Vorvertrag über die 14 Punkte Wilsons den Rechtsfrieden feierlich zugesagt hatten. Aber auch ein Gebot der Klugheit, weil das Bewußtsein der Vergewaltigung Deutschlands dem Sieger keine Ruhe läßt. Wie sehr das französische Denken von der Sorge um einen deutschen Revanchekrieg beherrscht ist, beweist ein Vorwort, das Paul Fauchille zu einer Uebersetzung der deutschen Reichsverfassung von R. A. Schreiber-Fabre geschrieben hat, die vor wenig Monaten in Paris anscheinend im Auftrage der französischen Regierung erschienen ist. Der Verfasser des Vorworts hat als Direktor der „Revue générale de droit international public", der führenden Zeitschrift des Völkerrechts, wie als Autor wertvoller völkerrechtlicher Arbeiten einen Namen von internationalem Klang. Es ist zunächst nicht schön, wenn Fauchille die Aufrichtigkeit der Männer in Zweifel zieht, die in Artikel 4 der Reichsverfassung dem Völkerrecht eine besondere Huldigung erwiesen haben, indem sie die allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts als integrierenden Bestandteil der deutschen Rechtsordnung bezeichneten und ihnen verbindliche Kraft zuschrieben. Wenn einst Fauchilles großer Landsmann Mirabeau in flammenden Worten in der französischen Nationalversammlung die Demokratie als das Zeitalter der Herrschaft des Rechts auf Erden angekündigt hat, warum sollte dann der „ultrademokratische" Zug, den Fauchille in der neuen deutschen Verfassung konstatiert, nicht auch bei uns den ehrlichen Willen bedeuten, aus dem Rechtsgedanken die letzten Konsequenzen zu ziehen? Fauchille vergleiche doch nur einmal die Eingangsworte der Bismarckschen Reichsverfassung mit denen der von Weimar. Jene kennzeichnen das alte Reich als einen Machtstaat der Fürsten, diese begründen den Staat auf den Rechtsgedanken der Souveränität des Volkes. Wie sich dann weiter der Gedanke von der Majestät des Rechtes durch das ganze Staatsgrundgesetz zieht und sich auch den Reichspräsidenten unterwirft, ähnlich wie nach dem Sachsenspiegel selbst der deutsche König seinen Richter hatte in dem Pfalzgrafen bei Rhein, das habe ich in einer großen politischen Rede in der Nationalversammlung selbst einmal dargelegt, die ich hier nicht wiederholen möchte. All die Männer, die das Werk von Weimar haben mitschaffen helfen, werden einmütig Fauchilles Verdacht zurückweisen, als